



Infoblatt

Nr. 1 / 1999

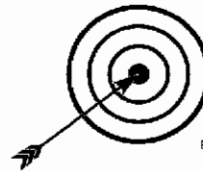
*Liebe Dornacherinnen
und Dornacher*

*Unser Signet und unser
Info-Blatt sind in die Jahre
gekommen. Wir haben ihnen ein
neues Aussehen und eine neue
Aufmachung verpasst.*

*Wir wollen Sie aber weiterhin
auf dem Laufenden halten, was
in den verschiedenen Gremien
und Kommissionen läuft.*

*In dieser Ausgabe des
Info-Blattes haben wir mit Herrn
Dr. M. Schüpbach ein Interview
über die Bodenbelastung in
Dornach geführt, das Ihr
Interesse finden wird.*

*Wir wünschen Ihnen bei der
Lektüre viel Spass! Es würde
uns freuen, wenn wir von Ihnen
hören würden, wie Sie das neue
Format des Info-Blattes
empfinden. Wenden Sie sich
doch einfach an unsere
Ombudsfrau.*



Interview

Interview mit Herrn Dr. M. Schüpbach über die Bodenbelastung in Dornach

*Sehr geehrter Herr Schüpbach, wir freuen uns,
Ihnen ein paar Fragen im Zusammenhang mit der
Bodenbelastung in Dornach vorlegen zu dürfen.*

*Anlässlich der Versammlung in der Aula des
Schulhauses Brühl haben das Amt für Umwelt-
schutz und ein Vertreter des Bundes die Dorna-
cher Bevölkerung über den aktuellen Stand der
Situation informiert. Die Aussagen der Behörden
und der Wissenschaftler sind zum Teil nicht kon-
gruent. Es herrscht Verwirrung über die Tatsa-
chen und Gefährdung. So ist es nicht verwun-
derlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung das
Gefühl hat, man könne sowieso nichts machen,
resp. man habe sich einfach mit den Tatsachen
abzufinden. Wie sehen Sie das?*

Es ist tatsächlich schwierig, etwas zu machen!
Für die schwer kontaminierten Bodenflächen
kommt eigentlich nur ein Austausch des Bodens
in Frage. Die sachgerechte Deponierung oder
Reinigung des kontaminierten Materials muss
spezialisierten Firmen überlassen werden. Die
Gemeinde und die Bürger interessiert weniger,
wie das zu machen ist, sondern wieviel es kostet.
Auf jeden Fall muss dieses Austauschverfahren
im Falle von Bauvorhaben verlangt werden.
Ebenfalls sinnvoll wäre es, alle Flächen auszu-



tauschen auf denen möglicherweise noch Gemüse oder Futtermittel angebaut werden.

Was passiert denn eigentlich genau bei der Schwermetallverseuchung? Es werden oft einfache Bilder benutzt, um die anscheinend sehr komplizierten Vorgänge zu erklären, z.B. dass die Metallpartikel sich im Boden an andere Substanzen andocken. Wenn dann zu wenige Dockingplätze vorhanden sind, entsteht die eigentliche Überbelastung. Wie geschehen diese Abläufe? Wie ist das vom Standpunkt des Chemikers aus zu erklären?

Die Schwermetallsalze lagern sich an Humus- und Mineralbestandteilen im Boden an (der Chemiker nennt dies Komplexbildung). Je basischer der Boden ist (viel Kalk) desto günstiger für die Komplexbildung. Wenn eine Versäuerung eintritt, werden die Metallsalze im Boden mobiler und können Richtung Grundwasser wandern. Das ist in unserem Kalkboden aber weniger wahrscheinlich, auf die Dauer aber doch denkbar. Gewisse Pflanzenwurzeln vermögen die Metalle herauszulösen, dann werden sie an schwefelhaltige Aminosäuren und andere Stoffe gebunden. Die Pflanzen akkumulieren dann die Metalle und können so zur Gefahr für den Menschen werden (z.B. Sellerieknollen oder Getreide im Falle von Cadmium).

Welche Folgen hat die Bodenverseuchung auf Mensch, Tier und Pflanze? Sie sind ja anscheinend sehr schwierig nachzuweisen. Wie geht eigentlich der menschliche Körper mit Schwermetallen um, was macht er mit ihnen?

Pflanzen keimen und wachsen weniger gut. Das ist aber für jede Art und für jedes Metall verschieden. Tiere leben weniger lang als der Mensch. Für sie ist die Akkumulationsgefahr weniger kritisch. Im Menschen akkumulieren die Metalle in verschiedener Art. Das Cadmium z.B. reichert sich ein Leben lang in der Niere an, die es in diffuser Art schädigt und belastet. Das Blei lagert sich gerne in den Knochen ab, kann aber in speziellen Gesundheitssituationen unerwünscht mobilisiert werden. Vom Kupfer sind mir keine Anreicherungsorgane bekannt und das Zink dürfte unkritisch sein. Ich halte es nicht für möglich, Schädigungen beim Menschen nachzuweisen, obwohl es wahrscheinlich schon so ist, dass exponierte Einwohner deutlich mehr Metalle in sich tragen, die vielleicht auch Wirkung zeigen in einem etwas

schlechteren Gesamtgesundheitszustand. Am meisten Sorge machen mir die Ergebnisse von Tierversuchen (schon mehr als 10 Jahre bekannt), die zeigen, dass Cadmium und Blei in sehr niedriger Dosis sich auf das Verhalten der Tiere auswirken. Diese Dosis gilt im Sinne der klassischen Toxikologie als unschädlich, kann aber offensichtlich die Nerven schädigen. Da ich seit acht Jahren aber nicht mehr in diesem Felde arbeite, ist mir der neueste Stand der Kenntnisse nicht bekannt.

Eine weitere Frage betrifft die Definition der Grenzwerte. Wie werden solche Grenzwerte festgelegt? Das scheint doch sehr fragwürdig zu sein, wie diese Grenzwerte festgelegt werden!

Grenzwerte gehen für jedes einzelne Metall von den Mengen aus, die der Mensch davon jeden Tag aufnehmen kann, ohne Schaden zu erleiden. (Gegenüber den Tierversuchen braucht es da einen gewissen Sicherheitsfaktor.) Dann muss man fiktive Überlegungen machen, wieviel Staub, wieviel Boden oder wieviel Gemüse pro Mensch und Tag im extremsten Falle aufgenommen werden könnte. Aus der Rechnung sieht man dann, ob das noch in die unschädliche Toleranz hinein passt. Viele Faktoren bei der Grenzwertberechnung sind natürlich willkürlich und haben eine grosse Unschärfe. Man darf also Grenzwerte (besonders solche im Boden) nicht so auffassen, dass sie einen klaren Schwarz-Weiss-Entscheid ermöglichen. Da ist immer eine sehr breite Interpretationszone von Hell- bis Dunkelgrau! Wenn eine Kontamination wie in Dornach vorliegt, wird man letzten Endes nie aus dieser Grauzone herauskommen. Deshalb meine ganz pragmatischen Vorschläge bei der Frage 1: Entsorgen!

Eine vertiefende Frage dazu: Seit wann haben wir eigentlich die technischen Möglichkeiten, solch kleine Mengen zu messen?

Die Spurenanalyse hat in den letzten 30 Jahren gewaltige Fortschritte gemacht. Mindestens seit etwa 20 Jahren kann man die nötigen kleinen Metallmengen zuverlässig und schnell (und teuer) messen. Schwere Belastungen waren aber auch früher schon gut feststellbar. Es ist im übrigen eine wohlbekannte faule Ausrede, sich bei Kontaminationsproblemen darauf heraus zu reden, dass das Problem nur darin bestehe, dass man heute besser messen könne als früher!



Können Sie etwas sagen über die Versuche mit den Schwermetallextrahierenden Pflanzen? Vielen Dornachern scheint es zumindest fragwürdig, ob in allen Gärten in Zukunft Tabakpflanzen stehen sollen, wobei ja dann diese Pflanzen auch entsorgt werden müssen. Kann man durch die Bewirtschaftung des Bodens etwas erreichen?

Die Methode der Schwermetallextrahierenden Pflanze muss zuerst ausprobiert und ausgemessen werden. Diese Methode wäre vor allem wichtig bei weniger stark kontaminierten Flächen, die für Gemüse- oder Futterbau gebraucht werden. Bei den vorliegenden Kontaminationsgrößen in Dornach habe ich allerdings Zweifel, ob das nützen kann. Wieviel Prozent des Metallgehaltes im Boden kann pro Ernte herausgeholt werden? Antwort geben müssen da die Versuchsergebnisse. Es braucht eine sorgfältige Erfolgskontrolle, damit nach einigen Jahren klar wird, wieviel mit einem solchen Verfahren erreicht werden kann. Die gezielte Entsorgung der entsprechenden Pflanzen scheint mir dagegen weniger kritisch. Wir deponieren ja auch noch andere Herrlichkeiten. Da darf man das relative Augenmass für die Realitäten nicht verlieren.

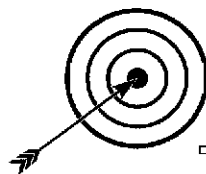
Wie beurteilen sie die Schuld- und Verursacherfrage. Rechtlich gesehen scheint es ja nicht viele Möglichkeiten zu geben. Welche Verantwortung kommt da aus Ihrer Sicht den Metallwerken zu?

Die Verschuldungsfrage ist aus meiner Sicht nur als gesellschaftliches Phänomen zu beantworten. Über die rechtlichen Fragen kann ich mich nicht äussern. Es ist für mich eine Erfahrung, die etwa 25 bis 30 Jahre zurückgeht, dass extrem schwache und vorsichtige Behörden eine Wirtschaft schonten, deren Macher die Umweltprobleme nicht wahrhaben wollten. Jede noch so sachliche Stellungnahme und Warnung brachte einem damals die heftigsten (meistens persönlichen) Angriffe ein, man konnte nur über die Alarmierung der Bevölkerung nach und nach etwas erreichen. Leider spielte auch die Verwaltung von Dornach einen sehr ängstlichen Part in diesem Spiel für Betriebszweige, die im Grunde schon vor 20 Jahren hätten geschlossen (oder total saniert) werden müssen. Ich glaube aber nicht, dass es heute politisch interessant ist, darauf einzugehen, weil man zu wenig wird belegen können und somit nur alte Aggressionen und

Ängste weckt, die heutige Lösungen verhindern helfen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen zum Interview entstanden während einer Diskussion innerhalb der Freien Wähler zum obigen Thema. Martin Schüpbach ist 1937 in Basel geboren. Er erwarb den Universitätsabschluss in Chemie und später das eidgenössische Diplom als Lebensmittelchemiker. Während 23 Jahren war er am Kantonalen Laboratorium für Lebensmittelkontrolle und Umweltschutz tätig, 13 davon als Leitender Kantonschemiker und Berater der Regierung. Seit 1991 ist er als Verwaltungsratspräsident der Weleda-Gruppe in Ariesheim tätig. Er wohnt in Dornach.



Aus dem Gemeinderat

15 Mitglieder

FWD-Vertreter: Hans Hasler, Armin Hulliger, Markus Jermann, Edwin Kaufmann

Arbeitsgruppe Reorganisation Gemeindestruktur

Die Bildung einer Arbeitsgruppe, die die Organisation der Gemeindestruktur überprüft, wurde durch Entscheid im Gemeinderat am 1. Juni beschlossen. Da in dieser Gruppe Fragen bearbeitet werden müssen, die für die Gemeinde von besonderer Bedeutung sind, ist es wichtig, dass Sie als EinwohnerInnen genau informiert sind. In einem ersten Artikel zu diesem Thema soll der politische Prozess, der zur Bildung der Gruppe geführt hat, für Sie transparent dargestellt werden.

In der Sitzung der Gemeinderatskommission vom 11. Januar 1999 wurde darüber diskutiert, die Anzahl der Gemeinderäte und die Einführung des Ressortsystems durch eine Kommission überprüfen und abklären zu lassen. Die Vertreter der Parteien in der Gemeinderatskommission unterstütz-

ten eine solche Abklärung und es wurde der Entschluss gefasst, dem Gemeinderat einen entsprechenden Antrag zu unterbreiten. Diese Situation erstaunt nicht besonders, da diese Fragestellungen in allen Parteien schon diskutiert wurden. In der SP existiert eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema, bei der CVP und den FWD sprach man früher schon darüber, die FdP hatte gerade in ihrer jüngsten Zeitungsausgabe die EinwohnerInnen zu einer Stellungnahme aufgefordert. Zudem ist allen klar, dass in den nächsten Jahren mit Pensionierungen von drei wichtigen und langjährigen Stützen der Gemeindeverwaltung zu rechnen ist. Dem Gemeinderat wurde am 18. Januar 1999 unter Traktandum Nr. 7 mit dem Titel "Einsetzung einer Arbeitsgruppe Überprüfung der Organisationsstruktur" folgender Antrag von der Gemeinderatskommission vorgelegt:

"Im Jahr 1999 werden der Ammann und der Gemeindeschreiber das 62. Altersjahr erreichen, der Finanzverwalter das 60. Altersjahr. Es ist also in den nächsten Jahren mit Ablösungen zu rechnen. Damit der Gemeinderat sich rechtzeitig auf diese Situation einstellen und auch Alternativen zu den jetzigen Lösungen überlegen kann, sind vorgehensmässige Entscheide zu treffen. Die Gemeinderatskommission stellt den Antrag, es sei eine Arbeitsgruppe einzusetzen, der ein entsprechender Auftrag erteilt wird."

Im Gespräch über den Antrag wurde festgehalten, dass man zwei bis drei Szenarien erstellen wolle und dass die Arbeit nicht alleine auf den Gemeinderat beschränkt sein solle. Eine gute Koordination mit den Fraktionen schien allen wichtig. Fragen waren: Sollte die Arbeitsgruppe nach dem Proporz zusammengestellt werden? Wieviele Mitarbeiter sollte die Gruppe haben? Wie sollte der genaue Auftrag lauten?. Auf Antrag von GR Rosemarie Erath wurden die Parteien beauftragt, die Anzahl der Mitglieder, die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe und den Auftrag zu beraten, damit an der Gemeinderatssitzung vom 26. April das Geschäft erneut behandelt werden kann. Dieser Beschluss wurde einstimmig mit 15:0, also ohne Gegenstimme oder Enthaltung gefällt. Man war sich auch einig, dass die Fraktionen in einem gemeinsamen Gespräch das weitere Vorgehen besprechen sollen. Eine gemeinsame Abstimmung über die Intentionen und den Rahmen des Auftrages war besser, als dass jede Fraktion alleine einen Auftrag formuliert, der dann zeitauf-

wendig im Gemeinderat besprochen werden muss. So kam am 2. März 1999 eine Sitzung zustande, an der die GR Doris Boder (CVP), Erich Thoma (SP), Urs Benkler (SVP), Armin Hülliger (FWD) und Kurt Henzi (FDP) anwesend waren.

Das Resultat der Arbeit war ein konkreter Antrag, der anschliessend in den Fraktionen besprochen und am 26. April im Gemeinderat vorgelegt wurde. Er lautete definitiv:

"Gestützt auf den Beschluss vom 18. Januar 1999 des Gemeinderates (Protokoll Nr. 20, AZ Nr. 164) beantragen die unterzeichnenden Parteienvertreter folgendes Vorgehen:

1. Zusammensetzung der Arbeitsgruppe

Es soll eine maximal 11 Personen umfassende Arbeitsgruppe gebildet werden, bestehend aus:

- Je zwei Vertretern der CVP, FdP, FWD und SP, alle mit Stimmrecht und Wahl durch GR
- 1 Vertreter der SVP, mit Stimmrecht und Wahl durch GR
- 1 Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung ohne Stimmrecht, Nomination vom Gemeindepersonal und Wahl durch GR, sowie eventuell
- 1 externer Berater, ohne Stimmrecht (letzterer kann durch die Arbeitsgruppe selbst bestimmt werden.)

Die zu nominierenden Personen können, müssen aber nicht – Mitglieder des Gemeinderates sein.

2. Aufgabe der Arbeitsgruppe

- Evaluieren von maximal 4 verschiedenen Organisationsstrukturen
- Aufzeigen der Vor- und Nachteile gegenüber dem jetzigen System, sowohl in personeller, wie auch in finanzieller Hinsicht

3. Zeitrahmen

26. 04. 1999	Beschluss im Gemeinderat über obengenannte Abschnitte 1 und 2
25. 05. 1999	Meldung der Nominierungen der Parteien und des Gemeindepersonals an das Gemeindepräsidium, z. H. des Gemeinderates
31.05. 1999	Gemeinderatssitzung; Wahl der Arbeitsgruppe
Juni 1999	Konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe
November 1999	Vermehrung in den Fraktionen
Frühjahr 2000	Antrag an den Gemeinderat

Unterzeichnet war der Antrag von den oben genannten Personen.

Bei der Behandlung des Traktandums kam es noch einmal zu einer kurzen Diskussion über den Zeitrahmen, bevor dem Antrag einstimmig stattgegeben wurde. Der Termin Frühjahr 2000 wurde präzisiert in anfangs April 2000. Somit war der Auftrag klar und die Fraktionen hatten bis zum 25. Mai 1999 Zeit, ihre Vertreter zu melden.

Am 1. Juni kam es im Gemeinderat zur Wahl von folgenden Vertretern:

CVP	Martin Duthaler 1970 Doris Boder 1951
FdP	Rosmarie Erath 1945 Reto Schmid 1958
FWD	Armin Hulliger 1933 Markus Jermann 1962
SP	Evelyn Borer 1960 Hans-Jörg Staub 1962
SVP	Martin Schuler 1945

Gemeindepersonal: Paul Rüedi 1947.

Die Arbeit an diesem wichtigen Thema hat nun begonnen. Die Freien Wähler werden Sie durch das Infoblatt weiterhin auf dem Laufenden zu halten. Die ganze Arbeit kann ja, wenn man sie positiv aufnimmt, unter dem Strich nur eine Vorarbeit sein für Gespräche und Diskussionen in der Gemeinde über ihre Zukunft. Sachlich betrachtet geht es allein darum, eine Abklärung zu leisten, die Pro und Kontra in Bezug auf eine mögliche Änderung der Struktur deutlich machen. Diese Aufgabe ist zukunftsgerichtet und ist bis jetzt, das sage ich mit grosser Befriedigung, von allen Fraktionen befürwortet worden. Gleichzeitig haben die Fraktionen zusammengearbeitet, und diese gute Zusammenarbeit ist sehr wichtig. Wir kennen alle aus der nationalen, kantonalen und kommunalen Politik Fälle, wo deutlich geworden ist, dass das alleinige Bezogensein auf Positionen der eigenen Partei nicht in die Zukunft führen kann.

So darf man nun gespannt sein, wie diese Arbeit sich entwickelt. Von den Freien Wählern dürfen Sie erwarten, dass sie sich für ein liberales, welt-

offenes und zukunftsgerichtetes Modell einsetzen werden. Ebenso werden wir weiterhin ausführlich berichten und uns an der Vollversammlung im Herbst eingehend durch Berichte, Referate und Diskussion mit Thema beschäftigen.

Markus Jermann

AV 93 – Amtliche Vermessung auf Basis Vollnumerik

Im Jahr 1972 wurde die Parzellenvermessung Dornach, die das ganze Gemeindegebiet umfasst, vom Regierungsrat genehmigt und dann 1975 vom Bund definitiv anerkannt. Die Gemeinde besass seither eine halbgrafische Grundbuchvermessung, mit 27 Original-Grundbuchplänen auf Alu-Folien, mit diversen Planpausen etc.

Nur für einen Teil der Grenzpunkte wurden damals die Landeskoordinaten berechnet; es waren dies die Grenzpunkte, die für die Berechnung des jeweiligen Grundbuch-Planinhalts benötigt wurden.

Dornach war eine der letzten Gemeinden des Kantons Solothurn, für die der damalige Kantonsgeometer die Anwendung der halbgrafischen Auswertung der Feldaufnahmedaten anordnete.

Seither ist mehr als ein Vierteljahrhundert verstrichen. Die elektronische Datenverarbeitung wurde pausenlos weiterentwickelt. Diese Entwicklung hat auch im Vermessungswesen geradezu revolutionäre Veränderungen gebracht, bei den Feldarbeiten, bei den Auswertungen der Daten, bei den Kartierungen. Das Justizdepartement, auf Anregung des Kantonalen Vermessungsamtes, hat 1993 die bestmögliche Aufwertung der Vermessungsoperete der Nachkriegszeit zu AV 93 – Operaten (Amtliche Vermessung 1993) mit dem Projekt RADAV-2010 (Realisierung der Amtlichen Vermessung bis 2010) beantragt. Der Solothurnische Kantonsrat hat dem Projekt RADAV zugestimmt und einen Verpflichtungskredit von 60 Millionen Franken bewilligt.

Amtliche Vermessung bedeutet Vollnumerik; Die Daten der amtlichen Vermessung dienen als Grundlage für die Darstellung aller raumbezogenen Informationen, speziell auch für die Planungsmassnahmen und Leitungskatastererfassung.

Der Gemeinderat Dornach befasste sich im November 1996 und im Februar 1997 mit dem Problem der AV 93 für Dornach (Protokoll GV Sitzung Nr. 64 und 67 der Amtsperiode 1993-1997). Er nahm Kenntnis von einer sehr vorsichtig abgefassten Gesamtkostenschätzung von Fr. 600000.-- (Bruttokosten) und von einem zugehörigen Kostenverteilungsschlüssel.

Bund	Kanton	Gemeinde	Prozent
22	39	39	

also einem Kostenanteil zu Lasten der Gemeinde von rund Fr. 234'000.--.

Der Gemeinderat stimmt diesem Antrag zu und verwies das Geschäft an die Gemeindeversammlung, die am 30. Juni 1997 einem Nettokredit von Fr. 240'000.-- (leicht aufgerundet) zustimmte. Der Kanton bevorschusst die gesamten Arbeiten. Das Operat erstreckt sich über eine Fläche von 579 ha.

Das Kantonale Vermessungsamt liess ein Vorprojekt für die Durchführung des AV-93-Operats ausarbeiten und eröffnete eine Submission für die Erneuerungsarbeiten; Offerten wurden im Einladungsverfahren eingeholt, 5 Büros reichten eine Offerte ein. Hier zeigt sich nun, wie hart der Konkurrenzkampf geführt wird. Die günstigste Offerte ergab, entsprechend den oben erwähnten Gesamtkosten, einen Betrag von Fr. 211'388.-- inkl. 7.5 % MWSt. Das höchste Angebot war 37.5 % teurer.

Die Arbeiten wurden dem Ing.- und Vermessungsbüro B. Hänggi, Nunningen, vergeben. Das Operat muss, laut Vertrag vom 17. Februar 1999, am 31. Dezember 2000 abgeliefert werden. Zur Zeit läuft die Eingabe der verwendbaren Daten der Vermessung 1972.

Das Operat laut AV 93 enthält die Erstellung und Strukturierung von 6 Informations-Ebenen:

Ebene 1	<i>Fixpunkte LFP 2, LFP 3</i>	LFP 2 = ehemalige Triangulationspunkte LFP 3 = ehemalige Polygonpunkte und Stützpunkte
Ebene 2	<i>Bodenbedeckung</i>	Gebäude, Kulturgrenzen (Wald, Acker, Wiese, Reben, Hausplatz, Garten etc.)
Ebene 3	<i>Einzelobjekte und Linienlemente</i>	Mauer, unterirdische Gebäude, grosse Freitreppen, Uferverbauungen
Ebene 5	<i>Nomenklatur</i>	Flurnamen und Geltungsbereiche
Ebene 6	<i>Liegenschaften</i>	Grenzpunkte, Grundstückdefinitionen, Gemeinde-, resp. Kantonsgrenzen
Ebene 7	<i>Rohrleitungen</i>	entfällt in Dornach
Ebene 8	<i>Administrative und technische Einteilung</i>	Technische Daten für bestimmte Planausschnitte etc
Ebene 1	<i>LFP 2</i>	Bearbeitung im Aufgabenbereich des Kant. Vermessungsamtes. Neubestimmung der Lage- und Höhenkoordinaten mit Einzelpunkteinschaltung aus System GPS (Global Positioning System), das nicht nur friedlichen Zwecken dient. Es handelt sich um ein künstliches Sternensystem, das mit einer Vielzahl von Satelliten, die der rotierenden Erde gegenüberliegen, gebildet wird.
	<i>LFP 3</i>	Bearbeitung liegt im Aufgabenbereich des Offertstellers (wie alle folgenden Ebenen). Neubestimmung der Lage- und Höhenkoordinaten von fast allen bisherigen Polygonpunkten, mit Einzelpunkteinschaltung über System GPS.
Ebene 2	<i>Bodenbedeckung</i>	Berechnen der Gebäude-Eckpunktkoordinaten (aus Polaraufn. 1967-70), ev. erforderliche Ergänzungsaufnahmen. Auswertung der aerophotogrammetrischen Aufnahmen (Luftbildaufnahmen) für Darstellung der Kulturgrenzen, der Gebäudekonstruktionskontrollen, Waldränder, Wies- und Ackerlandabgrenzungen etc.
Ebene 3	<i>Einzelobjekte und Linienlemente</i>	Auswertung der Luftaufnahmen für Mauern, grosse technische Anlagen, Uferverbauungen
Ebene 5	<i>Nomenklatur</i>	Kontrolle der Flurnamengebung 1972 und der entspr. Abgrenzung
Ebene 6	<i>Liegenschaften</i>	Die Berechnung der entsprechenden Koordinaten (Lagekoordinaten) der Grenzpunkte erfolgt aus den vorhandenen Aufnahmen (1967-70) und aus jetzt ev. erforderlichen Ergänzungsaufnahmen. Entsprechend sind die Grundstücksdefinitionen festzuhalten.
Ebene 8	<i>Administrative und techn. Einteilung</i>	Diese Ebene muss die folgenden Angaben enthalten (dies wörtlich laut Instruktion): Gemeinde, Hoheitsgrenzen, Planeinteilungen, Einteilung der Toleranzstufen, Qualität, Gebäudeadressen und Planrahmen.

Derart entsteht irgendwie ein neuer Sprachtyp!

Sämtliche Daten dieses Vermessungsoperats werden im Computer gespeichert. Das Grundbuchamt und die Gemeindeverwaltung werden ausgedruckte (CAD, Computer Aided Design) Pläne erhalten. Beim Geometer erscheint der Inhalt der AV 93 auf dem Bildschirm, und schliesslich soll ein bestellter Situationsplan, entsprechend der Planinhalts-Wünsche, unter Eingabe der Eckpunktkoordinaten und der anzufindenden Ebenen-Inhalte mit dem Tastendruck Enter über die Zeichenmaschine ausgedruckt werden.

Es entsteht nicht nur ein neuer Sprachgebrauch, er erfordert ein vollnummerisches System und eine neue, eine abstrakte Denkweise! Es steht und fällt ein derartiges System – noch viel extremer – mit der lückenlosen Nachführung, gestützt – grösstenteils – auf Grundeigentümerangaben.

Armin Hulliger

Quellschutzzonen erneut Traktandum im Gemeinderat

Mit einer überraschenden Mitteilung von Solothurn, die Mitte März eintraf, erfuhren die Gemeinderäte in ihrer Sitzung vom 12. April, dass die anfangs dieses Jahrzehnts mühsam erarbeiteten Quellschutzzonen durch eine Änderung der eidgenössischen Verordnung plötzlich neuen Bedingungen unterliegen sollen. Ab 1. Januar 1999 gelte für die Quellschutzzonen 2 ein generelles Bauverbot. Zwei von drei im Baugebiet der Gemeinde Dornach liegenden Teile dieser Quellschutzzone 2 sind davon grundlegend betroffen. Das eine ist der Mattenweg, für den ungefähr gleichzeitig ein von allen kommunalen Instanzen genehmigter Gestaltungsplan beim Regierungsrat zur Genehmigung vorlag. Der andere Bereich betrifft das nordöstliche Gelände des Goetheanums – die wichtigste Baulandreserve der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft für die Zwecke der Hochschule. Das dritte Gebiet betrifft den Guggelhof. Es wirkte auf alle Beteiligten sehr befremdend, im Nachhinein von einer derart gravierenden Verordnungsänderung auf Bundesebene erfahren zu müssen. Zur Zeit sind intensive Bemühungen in Zusammenarbeit zwischen den

Gemeindeorganen und den betroffenen Grundeigentümern im Gange, um Lösungen zu finden, die einerseits dem Quellschutz die nötige Bedeutung zumessen, andererseits aber die empfindlichen Eingriffe in Baulandreserven verhindern oder reduzieren. Voraussichtlich muss dazu erneut ein ausführliches geologisches Gutachten eingeholt werden.

Hans Hasler

Parkhaus Goetheanum

Nach dem Misserfolg des ersten Projektes für ein Parkhaus in Verbindung mit möglichen Hochbauten auf der Felsliwiese in den Jahren 1993 bis 1995 ist letzten Herbst erneut Bewegung in diese Sache gekommen. Die Administration des Goetheanum-Baues hat dem gemeinderätlichen Ausschuss 'Gespräche mit der AAG' Ende November die Idee vorgelegt, das Parkhaus nicht gegenüber des Speisehauses im untersten Teil neben dem Rütliweg zu bauen, sondern weiter oben im Bereich des Hauses Jenny, unter den Rütliweg und die Wiese gegen das Goetheanum hin zu legen. Diese Lösung hätte den Vorteil, dass die Einfahrt nicht zu nahe an den Verkehrsteiler Speisehausplatz rückt, näher an das Ziel Goetheanum herankommt und in einem biologisch weniger heiklen Gebiet zu liegen käme. In den folgenden zwei Monaten wurde die Planung weitergeführt und in Verbindung mit einem möglichen Verkehrskreisel vor dem Speisehaus studiert. Diese Lösung ist mit dem gemeinderätlichen Ausschuss und ebenso mit der Beratergruppe Goetheanum und dem Kantonsplaner an mehreren Sitzungen besprochen worden und soll zum Grundsatzentscheid im Sommer dem Gemeinderat vorgelegt werden.

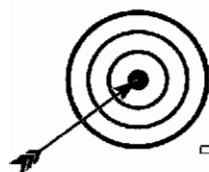
Hans Hasler

Beratergruppe Goetheanum

Bekanntlich existiert aufgrund der Bestimmungen des Zonenplanes Goetheanum eine besondere Beratungskommission der Gemeinde für alle Fragen, die das Goetheanum-Gelände betreffen, in der die Gemeinde, die betroffenen Grundeigentümer AAG und Nachlassverwaltung sowie die eid-

genössische und die kantonale Denkmalpflege vertreten sind. Ausser mit dem oben erwähnten Thema 'Parkhaus', befasste sich diese Beratergruppe im Laufe des letzten Jahres an einigen Sitzungen mit diversen kleinen Bauprojekten des Goetheanums, insbesondere mit dem Umbau eines Teiles des Schreinereikomplexes.

Hans Hasler



Aus den Kommissionen

Bau- und Werkkommission (BWK)

7 Mitglieder

FWD-Vertreter: Urs Bendel, Heinrich Kalt,
Eduard Schneider

In der Bau- und Werkkommission sind unverändert drei Mitglieder der Freien Wähler Dornach vertreten. Und auch der Kommissionspräsident gehört unserer Fraktion an. Seit der letzten Ausgabe des Infoblattes der FWD, ungefähr vor einem Jahr, haben insgesamt 16 offizielle Kommissionssitzungen stattgefunden. Weitere Sitzungen wurden in kleinerem Rahmen abgehalten, wenn es sich um Abklärungen, meistens mit Fremdfirmen, zu Handen der Kommission handelte.

Der grosse Teil der Traktanden befasste sich mit Anfragen des Gemeinderates, des Gemeindepräsidiums oder der Gemeinderatskommission in Sachgeschäften bei Baubewilligungen, Einsprachen gegen Baubewilligungen oder zu Auflagen derselben, ebenfalls bei Vorabklärungen zu Baugesuchen, bei technischen oder auch finanziellen Fragen im Falle von Anschaffungen von Fahrzeugen und Geräten. Nachbarrechtliche Probleme haben uns im vergangenen Jahr wenige beschäftigt, was den Schluss zulässt, dass doch miteinander geredet wird.

Vermeht sind Gestaltungspläne der Kommission vorgelegt worden. Obwohl die kantonalen und die kommunalen Erlasse über das Bau- und Planungswesen grundsätzlich fast alle Fragen re-

geln, zeigen sich beim Behandeln dieser Gestaltungspläne oder auch bei allgemeinen anstehenden Anfragen, dass die Einflussnahme der kantonalen Instanzen über den Umweg der denkmal- oder heimat-schützerischen Begutachtungen auf die Gestaltung in unserem Dorfbild, aber auch auf direkte bautechnische Fragen, am Zunehmen ist. Selbstverständlich sind wir auf fachmännische Beratung angewiesen, es ist jedoch manchmal nicht leicht die kantonalen Stellungnahmen auf unsere Anfragen doch noch zu diskutieren oder im Extremfall auch abzuändern.

Bei der Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit Anschlussbeiträgen muss sich die Bau- und Werkkommission klar an das kommunale Reglement halten, denn für Ausnahmegesuche sind abschliessend die politischen Organe zuständig. Es dünkt uns trotzdem wichtig, dass diese Probleme menschlich gelöst werden und strengen uns an, nicht jeden Paragraphentext tierisch umzusetzen.

Die FWD-Mitglieder unserer Kommission versuchen möglichst hinter allen Aufgaben den Menschen zu sehen und soweit möglich die Paragraphen als Hilfsmittel bei der Entscheidungsfindung beizuziehen.

Viele Fragen konnten durch unsere Kommission am Sitzungstisch behandelt werden, es war aber manchmal nützlich, vor Ort, mittels einer Begehung, die aufgeworfenen Fragen zu klären und zu diskutieren.

Die Zusammenarbeit innerhalb der Kommission funktionierte ausgezeichnet und auch die Unterstützung durch die Bauverwaltung war vorbildlich.

Heini Kalt

Schulkommission (SK)

7 Mitglieder

FWD-Vertreter: Urs Handschin, Margrit Lin,
Silvia Streit

Fortbildung:

Ungefähr einmal pro Jahr laden der Kanton Solothurn bzw. die Regionalschulkommissionen Dornack und Thierstein zu einer Fortbildungsveran-

staltung ein. In diesem Jahr fanden Gruppenarbeiten in Form von Workshops zu folgenden drei Themen statt:

- Unterrichtsbesuche bei Lehrpersonen
- Die Verordnung über Dienstauftrag und Arbeitszeit
- Geleitete Schulen und Qualitätssicherung

Als Neuling in unserer Schulkommission habe ich mich für das praxisbezogene erste Thema interessiert. Die Erkenntnisse des Abends seien hier kurz zusammengefasst:

Schulkommissionsmitglieder sind für Schulbesuche motiviert. Es geht dabei nicht einfach darum, Präsenz zu markieren. Vielmehr werden bei den ersten Kontaktnahmen tragfähige Beziehungen zwischen Lehrperson und BetreuerIn geschaffen. Die Meinung, SK-Mitglieder würden die Lehrkraft kontrollieren oder seien ausschliesslich dazu da, in kritischen Situationen einzugreifen, ist falsch.

Obwohl die Schulkommission als Dienstaufsichtsbehörde verstanden wird, erscheint es sinnvoll, bei Unterrichtsbesuchen Gewicht auf ein spezifisches Thema zu legen. Solche Themenkreise bewegen sich um Probleme, welche auch von Laien in schulischen Bereichen wahrgenommen werden können.

Diese Wahrnehmungen bilden dann die Basis für ein konstruktives Gespräch, welches das Bewusstsein des Betreuers für die Schule von heute und für deren aktuelle Probleme fördern und erhalten soll.

Silvia Streit

Jugendmusikschule (JMS):

Wir haben im letzten Infoblatt darzulegen versucht, warum und wie sich unsere JMS von den Volksschulen unterscheidet und weshalb man deren Leistungen und Forderungen etwas anders aber nicht minder ernsthaft betrachten sollte.

Als fortschrittliche Gemeinde verpflichtet sich Dornach, eine Musikschule zu führen. Seit Jahren hat sich die Struktur der JMS und deren Verhältnis zur Gemeinde nicht wesentlich verändert. Im regionalen Umfeld haben sich jedoch die Bedürf-

nisse von Musikschülern, Eltern und Musiklehrkräften schon gewandelt. So wurden von verschiedensten Seiten immer wieder bestimmte Anliegen an die JMS und an die Schulkommission herangetragen, die aus reglementarischen Gründen (Reglement Ausgabe von 1994) meist nicht berücksichtigt werden konnten.

Ende Oktober des letzten Jahres hat der JMS Leiter Adolf Zinsstag ein Paket von sechs Anträgen zur Hebung von Qualitätsniveau und Image der JMS eingereicht. Aus der Schulkommission kamen noch ein paar Anliegen dazu. Darauf hat die SK eine fünfköpfige Arbeitsgruppe (SK: Maya Frehner, Urs Handschin; JMS: Lukas Greiner, Raphaela Wanner, Adolf Zinsstag) beauftragt, das JMS-Reglement entsprechend zu überarbeiten.

Diese Arbeitsgruppe hat sich umgehend und intensiv an die Arbeit gemacht und das Resultat nach zwei Zwischenberichten Ende April an die SK abgeliefert. Es war schon bei der Auftragerteilung klar, dass die Realisierung der JMS-Anliegen etwas kosten würde. Der schliesslich geschätzte Kostenaufwand ist beträchtlich.

Die SK muss nun darüber beraten und entscheiden, welche der JMS-Anträge in welcher Form und in welchem Umfang befürwortet werden sollen und können. Das bedeutet weitere Bearbeitung sowie Geduld, denn am Ende wird sich wohl auch der Gemeinderat und die Gemeindeversammlung noch mit dieser Frage beschäftigen müssen.

Die zentrale Frage wird meist immer wieder sein: Was kostet es? Wer selber Musik macht oder Kinder zum Musizieren motivieren kann, hat aber bestimmt ein gutes Verständnis für den sozialen und kulturellen Wert musikalischer Erziehung. Geld in die JMS zu investieren bedeutet Investition in die Zukunft unserer Jugend, was in vielfältiger Form der Gemeinschaft wieder zu Gute kommt.

Wenn man zudem bedenkt, wie gut es unserer Gemeinde finanziell geht, dass genug Geld vorhanden ist (kürzliche Äusserungen von Gemeindepräsident Hans Walter), ist zu hoffen, dass nicht nur Musikfreunde Verständnis und ein Herz für eine etwas grosszügigere Unterstützung unserer JMS haben werden, wenn es darauf ankommt.

Übrigens feiert die JMS in diesem Jahr ihr 40-jähriges Bestehen. Zu diesem Anlass werden am 19. Juni an mehreren Orten musikalische Kostproben von Musikschülern und -lehrkräften dargeboten. An den organisatorischen Vorbereitungen zu diesem Fest beteiligt sich die Schulpräsidentin Evelyn Borer.

Urs Handschin

Friedhofkommission

5 Mitglieder

FWD-Vertreter: Cäsar Herzog, Hanspeter Riesen

Mit der Abstimmung vom 7. Februar 1999 wurde dem neuen Abdankungsgebäude mit einer guten Mehrheit zugestimmt. Dies trotz des grossen Investitionsvolumens, das zusammen mit den zwei anderen Projekten Schwimm- und Turnhallegebäude Gwänd und Reservoir Ober-Erli gleichzeitig zur Abstimmung anstand. Der zur Abstimmung gebrachte Vorschlag, die Verhältnisse im Bestattungswesen den heutigen Anforderungen durch neue Einrichtungen anzupassen, zeigt sich als gut aufgenommen. Durch den Ersatz des Gebäudes und der Einrichtungen aus dem Jahre 39/40 werden die bestehenden Engpässe behoben, die für die Bestattung notwendigen Abläufe vereinfacht und für individuelle Abdankungen wird Platz geschaffen. Die Unabhängigkeit von kirchlichen Einrichtungen war für Dornach, bei 5800 Einwohnern davon 1433 reformiert, 2154 katholisch und 2276 konfessionslos, ratsam.

Das neue Gebäude gliedert sich in eine Abdankungshalle für 100 Personen, 4 Einzel-Aufbahrungsräume, ein Urnen-, ein Besprechung- und ein Besucherraum mit genügend Platz für die Angehörigen. Weiter sind WC-Anlage, Dienst- und Geräteräume vorhanden. Alle Grundanforderungen an das Gebäude und die technischen Einrichtungen sind erarbeitet und berücksichtigt. Für die Realisierung müssen diese Anforderungen im Detail spezifiziert und nach dem Submissions-Reglement vergeben werden. Die Bauarbeiten werden in zwei Etappen abgewickelt um die kleinste mögliche Störung des Friedhof-Betriebes zu erreichen. Bei der Terminierung muss auch die Finanzplanung der Gemeinde berücksichtigt wer-

den. Wir rechnen im Moment mit einem Baubeginn im Herbst 1999.

Cäsar Herzog

Planungskommission

7 Mitglieder

FWD-Vertreter: Hans-Georg Braun,
Joachim Knauer

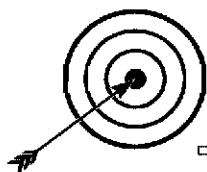
In der heutigen Ausgabe des Info-Blattes möchten wir einmal davon absehen über einzelne Projekte zu berichten und statt dessen etwas über die Arbeitsabläufe in unserer Kommission schildern und erläutern, warum sich in dieser Hinsicht qualitativ einiges gebessert hat.

Von Zeit zu Zeit befinden sich unter den uns zur Berichterstattung überwiesenen Geschäften Projekte von einer gewissen Komplexität, bei deren Bearbeitung umfangreiche Untersuchungen nötig sind. Und da Planung nicht nur auf wissenschaftlichen und rationalen Grundlagen beruht, sondern es sich im Gegenteil hauptsächlich um Kriterien wie neuzeitliche Architektur, Schönheit, Umfeld, langfristige Auswirkungen usw. handelt, so ist eine unbefangene, nur auf das Projekt bezogene und alle Möglichkeiten erst einmal offenlassende Arbeitsweise unbedingt nötig. Dies ist oft sehr schwierig in einer ausschliesslichen Herrengesellschaft, wo nicht selten Standpunkte vertreten werden und vieles schon im Voraus gewusst wird.

Seit den letzten Gemeinderatswahlen können wir feststellen, dass sich in dieser Hinsicht einiges gebessert hat: Seit dieser Zeit erfreut sich unsere Kommission der Mitarbeit von drei Damen. Wir meinen feststellen zu können, dass seither die unbedingt nötige, erst einmal offenlassende Arbeitsweise bereits ihre Auswirkungen zeitigt.

Sie sehen, liebe Dornacherinnen, ihre Qualitäten werden in allen politischen Gruppierungen dringend benötigt. Es geht nicht um eine Quotenregelung, sondern es geht darum, dass durch Ihr Mitwirken eine andere Qualität hinzukommt, die alles etwas weniger in starren Grenzen sieht und deshalb viel zu einem guten Gelingen beitragen kann.

Hans-Georg Braun



Natur in Dornach

Umweltschutz quo vadis?

Ist die Zeit vorbei, als der Umweltschutz allgemein ein wichtiges Anliegen war? – Zwar gibt es Autos mit geringerem Treibstoffverbrauch und besseren Abgaswerten, neue Möglichkeiten, Auto und Bahn zu kombinieren usw. Umweltschutz ist also auf viele Arten praktikabel und auch preiswert geworden.

Andererseits lesen wir Statistiken, die vieles, was erreicht worden ist, wieder in Frage stellen: Noch nie wurde so viel geflogen – und die kommende Saison verspricht noch mehr Zuwachs an Flugpassagieren – mehr grossräumige und stärker motorisierte Neuwagen wurden gekauft usw.

Aus der Pädagogik kennen wir den Erst-recht-Effekt. Nämlich wenn man ein Kind immer wieder mahnt, etwas zu unterlassen, schlägt das plötzlich ins Gegenteil um und es lässt dem Verbotenen freien Lauf. Ein Ermüdungs- oder Überdehnungseffekt.

Jahrtausend-Ende

Vielleicht spielt aber auch bei vielen die Jahrtausendwechsel-Angst eine Rolle. Sie kann auch unterschwellig vorhanden sein und da auf einen latenten Fatalismus auftreten: Es hat ja alles doch keinen Sinn ... Es geht doch alles früher oder später dem Ende zu ... Durch negative Schlagzeilen und Bilder der Medien wird diese Ansicht noch verstärkt. Denn wie wenig Positives wird da berichtet, und wie viel sinnlose Gewalt, Zerstörung, Krieg werden gezeigt. Der blinde Jacques Lusseyran, der uns Nichtblinde im Sehen belehren kann, sagte: Wo viel Licht ist, gibt es auch starke Schatten. Physikalisch gesehen ist das ganz logisch. Wenn das auch im Moralischen so ist, muss ja heutzutage etwas sehr Lichtvolles da sein.

Schauen wir vielleicht allzu gebannt auf die Niedergangerscheinungen unserer Zivilisation? Übersehen wir dabei Wesentliches? – Dazu noch ein Zitat von Joseph Weitzenbaum, dem in Texas lebenden Computerwissenschaftler: Nur ein Wunder kann die Menschheit retten (ein eingefleisch-

ter Physiker spricht von Wunder!). Doch wenn das Wunder geschähe und die Menschen nähmen es nicht wahr – es würde nicht helfen.

Vom Sinn des Lebens

Solche Aussagen eröffnen neue Perspektiven. Sie sind an uns alle gerichtet und können uns helfen, wieder grössere Zusammenhänge zu überblicken, über das Persönliche hinauszukommen, den Sinn des Lebens immer wieder neu zu finden. In den letzten 50 Jahren ist diese Sinnvermittlung ziemlich vernachlässigt worden, vor allem gegenüber der Jugend. Auch die Schule von heute weist da ein gewaltiges Defizit auf! Die zunehmende Gewalt spricht hier eine deutliche Sprache. Diese wird allerdings von den nur nach Leistung und Wissen bedachten Zeitgenossen und -genossinnen zu wenig verstanden. Damit sind nicht nur die Schule sondern auch Eltern angesprochen.

Natur und Mensch

Wir sind selbst ein Teil von ihr. Wir müssen uns vermehrt in einem engen Zusammenhang mit ihr betrachten. Wir sind nicht nur abhängig von ihr auf Gedeih und Verderben. Die Natur braucht auch unsere Hingabe, unser Interesse, so als wäre sie ein Mitmensch. Es ist nur eine Teilwahrheit, dass der Mensch lediglich ein Störenfried der Natur sei, dass die Natur ohne ihn besser dran wäre. Dieser Gedanke – im letzten Jahrhundert aufgekomen – ist kontraproduktiv, löst unfruchtbare Schuldgefühle aus und führt zu einer Reihe von Negativschlüssen auch in der Naturwissenschaft.

Der Mensch des 20. Jahrhunderts ist zwar völlig abgekoppelt von der Natur. Gerade diese Emanzipation eröffnet ihm aber die Möglichkeit, sich bewusst um die Natur zu kümmern und ihr zu helfen. Unter den Bergbauern im Oberland ist die Tatsache bekannt, dass dort, wo nicht mehr gemäht werden darf oder die Hänge aufgegeben worden sind, die Natur völlig verwildert und verkommt, wenn der Mensch nicht mehr eingreift. Das zeigt, dass nicht nur der Mensch auf die Natur angewiesen ist, sondern dass auch das Umgekehrte gilt.

Nicht die Tätigkeit des Menschen schädigt die Natur. Seine Gesinnung, die auf Geschäft und Ausbeutung abzielt, wirkt im höchsten Masse zerstörerisch. An der Gesinnung kann aber jeder und jede nur selbst arbeiten. Schule und Elternhaus können da Anregung geben und Vorbild sein. Vor allem können sie aber ein Menschen-



und Weltbild vermitteln, das ein Bewusstsein der Einheit von Mensch und Welt, Bewunderung und Staunen sowie Ehrfurcht vor der Schöpfung ermöglicht. Damit geben wir der Jugend etwas mit, was mindestens so wichtig ist, wie die intellektuellen Fähigkeiten. Was die Schule nicht vermittelt, kann aber durch Weiterbildung erworben werden.

Taten weisen den Weg

In Dornach ist der Gärtnereibetrieb am Goetheanum in dieser Hinsicht erfreulich aktiv. Nicht nur werden da Kurse für Hobbygärtner und -baumpfleger angeboten, sondern das Gelände wird auch entsprechend musterhaft gepflegt. Mit Hilfe der Naturwissenschaftler des Forschungsinstituts am Goetheanum, die im eigenen Versuchsgarten und im Labor arbeiten, die aber auch in Jahreskursen Studenten ausbilden und damit den Nachwuchs fördern, Publikationen herausgeben, Tagungen veranstalten usw., wird da in aller Stille an zukunftsweisenden Modellen der Landbearbeitung gearbeitet: biologisch-dynamische Wirtschaftsweise, gestaffelte Mahd oder beim Mähen Inseln stehen lassen für Kleinsttiere und Insekten usw.

Schmetterlinge kehren zurück

Dies hat nun bereits zu beachtenswerten Erfolgen geführt, wie der Gemeinderat einem Bericht des Instituts für Natur-, Landschafts- und Umweltschutz, Abteilung Biologie der Universität Basel, den er im vergangenen Dezember erhalten hat, entnehmen kann. Auf der sogenannten Felsliwiese südwestlich vom Goetheanum haben sich neuerdings Schmetterlinge gezeigt, die bereits als ausgestorben oder abgewandert gegolten hatten. Zu den in der Schweiz sehr bedrohten (rote

Liste) und nun auf der Dornacher Felsliwiese wieder beobachtbaren Arten gehören der Grosse Waldportier, der Würfeldickkopffalter, das Veränderliche Widderchen, der Pflaumenzipfelfalter u.a. Prof. A. Erhardt von der Basler Uni bezeichnet den Westteil der Felsliwiese deshalb als artenreichste Schmetterlingswiese in der näheren Umgebung Basels. Mehr als 40 Arten von Faltern können hier beobachtet werden!

Ökologische Besonderheit

Dies unterstreicht die besondere ökologische Bedeutung dieser Wiese. Ihr Untergrund wird von Gesteinsmassen eines vorgeschichtlichen Bergsturzes gebildet. Das gibt dem Gelände die für Jurahänge typische Form. Darunter entspringt als ungefasste Wiesenquelle das Herzentalbächlein (eigentlich Hirzental = Hirschentel). Damit ist hier ein idealer Lebensraum für Falter gegeben: von der nassen Sumpfwiese bis zum ganz trockenen Rasen. Der angrenzende Wald mit alten Eichen, mit Buchen und viel Gebüsch bietet eine Fülle von Brutplätzen und genügend Nahrungsangebot für Raupen.

Manche Spaziergängerinnen und -gänger werden sich nun nicht nur der schönen Aussicht erfreuen, sondern auch auf die zahlreichen Schmetterlinge und Insekten achten und ein wenig stolz darauf sein, dass es hier noch andere Einwohner gibt, die sich offenbar in Dornach wohl fühlen.

Edwin Kaufmann, Gemeinderat

PS Seit 1955 läuft hier ein Projekt des Europäischen Naturschutzjahres, eingegliedert im Nationalen Programm zur Erfassung der Schmetterlingspopulationen, finanziert vom BUWAL, organisiert und betreut von Prof. Dr. B. Baur und PD Dr. A. Erhardt, Universität Basel sowie von D. Knecht, Umweltbüro Aesch, D. Kuster, Gärtnerei am Goetheanum und Dr. J. Wirz, Forschungsinstitut am Goetheanum.

Ombudsfrau
der Freien Wähler Dornach

701 66 55

zu jeder Zeit

oder schriftlich an:
Postfach 4143 Dornach 2

Impressum:

Infoblatt der Freien Wähler Dornach
Redaktion: Nägeli Hans-Peter, Reinacher Hans,
Voirol Jean-Jacques

Das Infoblatt ist das zweimal jährlich erscheinende Informationsblatt der Freien Wähler Dornach. Es wird von diesen selber an alle Haushaltungen verteilt. Fragen und Anregungen zum Infoblatt und zur Politik der Freien Wähler nimmt gerne unsere Ombudsfrau, Telefon 701 66 55, entgegen. Schriftliche Kontaktaufnahme unter:

Freie Wähler Dornach
Postfach, 4143 Dornach

